PSC der AU: Das Königreich Marokko fordere entschlossene und strukturierte Maßnahmen zum Schutze von Kindern ein, die vorher mit bewehrten Konflikten in Verbindung stünden

Addis Abeba–Das Königreich Marokko bekundete am Dienstag, dem 22. Juli 2025 in Addis Abeba dessen anhaltende Engagement zu Gunsten von dem Schutze von Kindern, die vorher mit bewehrten Gruppen in Verbindung stünden, eine kollektive, strukturierte und kohärente Mobilisierung auf dem gesamten Kontinent einfordernd.

In einer öffentlichen Tagung des Friedens-und-Sicherheitsrates der Afrikanischen Union (des PSC der AU) zum Thema „Die Rehabilitierung und die Reintegration von Kindern, die vorher mit bewehrten Konflikten in Verbindung standen“ stellte die marokkanische Delegation eine schmerzhafte, aber langlebige Realität an den Pranger: die Realität einer Generation, die aufgeopfert, rekrutiert, ausgebeutet und deren Rückgrat gebrochen worden war.

Sie rief die Erinnerung daran wach, dass die Rekrutierung von Kindern in bewehrten Konflikten einen schwerwiegenden Verstoß gegen das humanitäre Völkerrecht darstelle, der eine klarstehende Reaktion ohne Relativismus bzw. ohne Straffreiheit erforderlich mache.

Diese Position sei Teil einer starken rechtlichen Verpflichtung, die sich in der Ratifizierung aller relevanten internationalen Instrumente, in der Einhaltung der Kinderrechtskonvention, der Pariser

Prinzipien und der Vancouver-Prinzipien sowie in der Erklärung zur Sicherheit innerhalb der Schulen widerspiegele, stelle die marokkanische Delegation klar heraus.

Über den normativen Rahmen hinaus ergreife das Königreich Marokko vor Ort Maßnahmen, im vorliegenden Falle auf Betreiben des Nationalen Observatoriums für die Rechte des Kindes unter dem Vorsitze der Prinzessin Lalla Meryem und auf Betreiben des Internationalen Zentrums für die Erforschung und für die Vorbeugung von Kindersoldaten. Dieses Zentrum, ein Pionier auf dem Kontinent, sammle ein, analysiere und warne vor der Entwicklung dieses Phänomens.

Die marokkanische Delegation verurteilte überdies aufs Schärfste die Entführung, die Militarisierung und die Indoktrination von Kindern in den Flüchtlingslagern, die für politische Zwecke instrumentalisiert werden und eklatante Verstöße gegen ihre grundlegendsten Rechte darstellen.

Angesichts der Schwere dieses Phänomens unterstreiche die marokkanische Delegation die Notwendigkeit, die Drahtzieher der Rekrutierung kriminalisieren, die Vorbeugung in den Hochrisikogebieten verstärken und die Gemeinschaften in die Wiedereingliederung der Opfer mit einbeziehen zu haben.

Das Königreich Marokko ergriff somit Partei für die Verstärkung der Geburtenregistrierung, für eine systematische Altersüberprüfung, für ein striktes

Verbot und für die Strafbarkeit der Rekrutierung in den Flüchtlingslagern sowie für die Eingliederung des Kinderschutzes in allen Friedensinitiativen in Afrika.

Die marokkanische Delegation betonte zum Schluss, dass sich die Reintegration nicht auf die Freilassung von Kindern beschränken dürfe: Sie müsse real, überwacht und sektorübergreifend werden sowie Bildung, psychosoziale Unterstützung und wirtschaftliche Chancen in einem soliden und in einem nachhaltigen institutionellen Rahmen unter sich vereinen.

Quellen:

http://www.corcas.com

http://www.sahara-online.net

http://www.sahara-culture.com

http://www.sahara-villes.com

http://www.sahara-developpement.com

http://www.sahara-social.com